

Niederschrift

über die 9. Sitzung des Rates in seiner 6. Wahlperiode am 08.06.2000 im Ratssaal des Rathauses in Monheim am Rhein

Mitglieder:

Dünchheim, Thomas	Bürgermeister
Belger, Hans-Martin	SPD-Fraktion
Bosbach, Günter (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Dr. Budde, Johannes	CDU-Fraktion
Budig, Detlef	SPD-Fraktion
Butschko, Peter	CDU-Fraktion
Danielewsky, Mike	CDU-Fraktion
Ditz, Hans-Joachim	CDU-Fraktion
Enseroth, Ina-Carola	Fraktion MBM/F.D.P.
Geyer, Jens	SPD-Fraktion
Göbel, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Goller, Werner	SPD-Fraktion
Greis, Peter	CDU-Fraktion
Gronauer, Markus	CDU-Fraktion
Hackel, Gabriele	CDU-Fraktion
Hengsberger, Wally	SPD-Fraktion
Jelinek, Artur	SPD-Fraktion
Klein, Manfred (Entschuldigt fehlend)	SPD-Fraktion
Knauer, Ariane ab 18.32 Uhr, während TOP Ö 13.	SPD-Fraktion
Dr. Knops, Hans Joachim	CDU-Fraktion
König, Karl (Entschuldigt fehlend)	CDU-Fraktion
Ludwig, Anita bis 22.03 Uhr, einschl. TOP Ö 31.	SPD-Fraktion
Dr. Müller, Ulrich	CDU-Fraktion
Neufeldt, Friederike	CDU-Fraktion
Nieswand, Helmut	SPD-Fraktion
Ockel, Reinhard ab 20.50 Uhr, während TOP Ö 27.	CDU-Fraktion
Odendahl, Heidrun	CDU-Fraktion
Prondzinsky, Marion	CDU-Fraktion
Pruin, Stefan	Fraktion Grüne

Richrath, Martin	CDU-Fraktion
Sander, Dieter	SPD-Fraktion
Schaub, Lothar	
bis 19.02 Uhr, einschl. TOP Ö 15.	CDU-Fraktion
Schmidt, Harald	SPD-Fraktion
Schmidt, Maike	Fraktion PETO
Senft, Harald	CDU-Fraktion
Stamm, Andrea (Entschuldigt fehlend)	Fraktion Grüne
Dr. Stapper, Norbert	Fraktion Grüne
Taplick, Karl-Heinz	CDU-Fraktion
Tonn, Elisabeth	SPD-Fraktion
Voigt, Juliane	Fraktion PETO
Von Wallis, Winfried	Fraktion MBM/F.D.P.

Verwaltung

Spiecker, Gerd	
Herrmann, Max	
Bosbach, Hans	
Trost, Uwe	
Lehmann, Rüdiger	
Müchler, Gerhard	
Brock, Hans Peter	
Mittmann, Georg	
Herforth, Gisela	
Kirberg, Inge	Schriftführerin

Beginn der Sitzung 18:02 Uhr

Ende der Sitzung 22:30 Uhr

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

- | | | |
|-------|-----------|--|
| Ö 1. | | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit |
| Ö 2. | | Kenntnisnahme der Niederschrift der letzten Sitzung |
| Ö 3. | 2000/0529 | Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 13.04.2000 |
| Ö 4. | 2000/0512 | Verleihung des Ehrenrings der Stadt Monheim am Rhein an Herrn Dr. h.c. Rolf Schwarz-Schütte |
| Ö 5. | 2000/0513 | Verleihung des Ehrenrings der Stadt Monheim am Rhein an Herrn Dr. Hans-Kurt Peters |
| Ö 6. | 2000/0514 | Verleihung der Ehrenbezeichnung "Ehrenbürgermeisterin" an Frau Ingeborg Friebe |
| Ö 7. | 2000/0442 | Bebauungsplan Nr. 80 M - 2. Änderung (Bereich Monheimer Straße/Am Kielsgraben - nördlich))
- Aufstellungsbeschluss
- Durchführung eines vereinfachten Verfahrens (§ 13 BauGB)
- Aufhebung der 1. Änderung |
| Ö 8. | 2000/0444 | Bebauungsplan Nr. 99 M (südlich Am Kielsgraben / östlich Monheimer Straße)
- Aufstellungsbeschluss |
| Ö 9. | 2000/0461 | 'Zielkonzept 2020' für die Stadt Monheim am Rhein
- Einleitung des Erarbeitungsprozesses |
| Ö 10. | 2000/0501 | Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen (Reserve-RTW/KTW) |
| Ö 11. | 2000/0545 | Neufassung der Kulturförderrichtlinien |
| Ö 12. | 2000/0522 | Änderung der Hundesteuersatzung |
| Ö 13. | 2000/0507 | Installierung einer Beteiligungsform für Kinder und Jugendliche am kommunalen Geschehen |
| Ö 14. | 2000/0508 | Kinderfreundliche Stadt Monheim |
| Ö 15. | 2000/0510 | Einigungsstelle nach § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NRW |
| Ö 0. | | Bürgerfragestunde |

- Ö 16. 2000/0503 Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2001 – 2004
- Ö 17. 2000/0509 Genehmigung über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben
- Ö 18. 2000/0535 Eckdaten für das Haushaltsjahr 2001
- Ö 19. 2000/0526 Nachwahl von Ausschussmitgliedern
- Ö 20. 2000/0511 Wahl eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport
- Ö 21. 2000/0536 Antrag der Fraktion Peto vom 26.05.2000
"Änderung der Geschäftsordnung des Rates"
- Ö 22. 2000/0540 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Interessengemeinschaft zur Verkehrssituation auf der Hofstraße und dem Heerweg, H.P. Felder, Heerweg 23/H. Mallwitz, Hofstr. 5, vom 04.04.2000
"Verkehrssicherung auf der Hofstraße und dem Heerweg"
- Ö 23. 2000/0541 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Interessengemeinschaft Heerweg, Siegfried Wald, Heerweg 112, vom 05.05.2000
"Verkehrsberuhigung für den Heerweg"
- Ö 24. 2000/0537 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Helmut K.-E. Jäckel, Brahmstr. 11, vom 12.04.2000
"Änderung des Gebührenmaßstabes bei der Straßenreinigung"
- Ö 0. 2000/0560 Straßenreinigungsgebühr
- Ö 25. 2000/0538 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Holzmarkt Goebel GmbH, Margot Wollert, Am Wald 1, vom 12.04.2000
"Verkehrssituation Straße Am Wald"
- Ö 26. 2000/0539 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Herbert Seegers, Mozartstr. 35, vom 25.04.2000
"Trödelmarkt am 23./24.04.2000"
- Ö 27. 2000/0542 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Petra Reinhold u.a., Amselweg 5, vom 09.05.2000
"Ausweisung von zusätzlichen Freiflächen in der Ordnungsbehördlichen Verordnung, die vom bestehenden Anleinzwang für Hunde ausgenommen sind"
- Ö 28. 2000/0543 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Monheimer Frauenforum, Marianne Melzer, Weberstr. 27, vom 19.05.2000
"Beleuchtung des Verbindungsweges zwischen Lichtenberger Straße und Zaunswinkelstraße"

- Ö 29. 2000/0544 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände in Monheim,
Ingrid Knebel, Humboldtstr. 17, vom 28.05.2000
"Änderung der verkehrlichen Nutzung auf einigen Fahrradwegen"
- Ö 30. Mündliche Anfragen
- Ö 31. Mündliche Mitteilungen

Nichtöffentliche Sitzung 22:10

- NÖ 32. Feststellung der Beschlussfähigkeit
- NÖ 33. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 13.04.2000
- NÖ 34. 2000/0530 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 13.04.2000
- NÖ 35. 2000/0520 Auftragsvergabe
Sicherheits- und Gesundheitskoordination im Rahmen der
Deichrückverlegung
- NÖ 36. 2000/0518 Pachtvertrag mit der Sportgemeinschaft Monheim 1894/1968 e.
V. über die Grundstücksnutzung für den Bau einer
Gymnastikhalle
- NÖ 37. 2000/0521 Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre; Einstellung einer
Kinderpflegerin / eines Kinderpflegers
- NÖ 38. 2000/0525 Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre
Externe Ausschreibung eines Sachbearbeiters / einer
Sachbearbeiterin für den Fachbereich 1
- NÖ 39. 2000/0524 Ausnahme von der Wiederbesetzungssperre
Externe Einstellung einer Sachbearbeiterin / eines Sachbearbeiters
für das Vorzimmer des Kämmerers
- NÖ 40. 2000/0523 Antrag auf Ausnahme nach § 84 Abs. 1 von § 29 Abs. 1 a) der
Verordnung über die Laufbahnen der Beamten im Lande
Nordrhein-Westfalen (LVO)
- NÖ 41. Mündliche Anfragen
- NÖ 42. Mündliche Mitteilungen

Ö 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Herr Bürgermeister Dünchheim eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und die Beschlussfähigkeit des Rates fest.

Der heute noch fehlenden stellv. Bürgermeisterin Stamm gratuliert er zur Geburt des Sohnes Lukas, den Ratsherren Senft und Göbel zur Geburt des zweiten Enkelkindes.

**Ö 2. Kenntnisnahme der Niederschrift vom 13.04.2000
- öffentlicher Teil -**

Der Rat nimmt die Niederschrift zur Kenntnis.

Ö 3. 2000/0529 Bericht über die Ausführung der Ratsbeschlüsse vom 13.04.2000

Der Rat nimmt den Bericht zur Kenntnis.

Ö 4. 2000/0512 Verleihung des Ehrenrings der Stadt Monheim am Rhein an Herrn Dr. h.c. Rolf Schwarz-Schütte

Beschluss

Herrn Dr. h.c. Rolf Schwarz-Schütte wird als Dank und Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Monheim am Rhein der Ehrenring der Stadt Monheim am Rhein verliehen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 5. 2000/0513 Verleihung des Ehrenrings der Stadt Monheim am Rhein an Herrn Dr. Hans-Kurt Peters

Beschluss

Herrn Dr. Hans-Kurt Peters wird als Dank und Anerkennung seiner Verdienste um die Stadt Monheim am Rhein der Ehrenring der Stadt Monheim am Rhein verliehen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 6. 2000/0514 Verleihung der Ehrenbezeichnung "Ehrenbürgermeisterin" an Frau Ingeborg Friebe

Beschluss

Frau Ingeborg Friebe wird als Dank und Anerkennung ihrer Verdienste um die Stadt Monheim am Rhein die Ehrenbezeichnung „Ehrenbürgermeisterin“ verliehen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Herr Bürgermeister Dünchheim teilt mit, dass am 03. Oktober 2000 eine Festveranstaltung im Ratsaal angedacht ist, in der der Ehrentitel und die Ehrenringe verliehen werden sollen.

**Ö 7. 2000/0442 Bebauungsplan Nr. 80 M - 2. Änderung (Bereich Monheimer Straße/Am Kielsgraben - nördlich) –Skateranlage-
- Aufstellungsbeschluss
- Durchführung eines vereinfachten Verfahrens (§ 13 BauGB)
- Aufhebung der 1. Änderung**

Aus der CDU-Fraktion kommt die Frage, ob es bereits konkrete Vorstellungen zu den Kosten und Finanzierungsmöglichkeiten für die Skater-Anlage gibt.

Die Verwaltung berichtet über ein Angebot zum Kauf von gebrauchten Skater-Elementen, die rein rechnerisch einen Preisvorteil bieten. Da die Stadt beim Kauf dieser gebrauchten Skater-Elemente jedoch auf einen möglichen Landeszuschuss verzichten müsste, da ein Landeszuschuss nur gewährt wird, wenn mit der Maßnahme noch nicht begonnen wurde, wird die Verwaltung dieses Angebot ablehnen müssen. Die Gesamtkosten für eine neue Anlage beziffert sie mit ca. 200.000 DM, wobei nicht alle Kosten förderungsfähig sind. Es sind jedoch noch Einsparungen, z.B. durch Verzicht auf die vorgesehene Zaunanlage, möglich. Eine Bezifferung des Landeszuschusses ist z.Z. nicht möglich, über den Antrag wird etwa Mitte 2001 entschieden. Die Verwaltung verweist im Übrigen auf die Mitteilungs-Vorlage, die dem Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport in seiner Sondersitzung am 15.06.2000 vorliegt.

Beschluss

1. Die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 80 M – 2. Änderung für den Bereich Monheimer Straße/Am Kielsgraben – nördlich - wird gem. § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen.
2. Die 2. Änderung wird als vereinfachtes Verfahren gem. § 13 BauGB durchgeführt.
3. Der Aufstellungsbeschluss zur 1. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 80 M vom 14.05.1998 wird aufgehoben.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 8. 2000/0444 Bebauungsplan Nr. 99 M (südlich Am Kielsgraben / östlich Monheimer Straße)
- Aufstellungsbeschluss**

Beschluss

Für den Bebauungsplan Nr. 99 M (südlich Am Kielsgraben / östlich Monheimer Straße) wird der Aufstellungsbeschluss gem. § 2 Abs. 1 BauGB gefasst.

Der der Vorlage als Anlage beigefügte Übersichtsplan ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

**Ö 9. 2000/0461 'Zielkonzept 2020' für die Stadt Monheim am Rhein
- Einleitung des Erarbeitungsprozesses**

Die SPD-Fraktion verweist auf ihre bereits im Fachausschuss gemachte Anregung, über die Arbeit der Zukunftswerkstatt regelmäßig zu berichten.

Beschluss

Die Verwaltung wird beauftragt, auf der Grundlage des Arbeitsprogramms der Sitzungsvorlage Nummer 2000/0461 ein Zielkonzept 2020 zu erarbeiten.
In diesem Zusammenhang soll ein Antrag zur Teilnahme an dem Ideenwettbewerb des Bundesforschungsministeriums „Stadt 2030“ gestellt werden.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 10. 2000/0501 Öffentlich-rechtlicher Vertrag über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen (Reserve-RTW/KTW)

Beschluss

Der öffentlich-rechtliche **Vertrag** über die Bereitstellung und Nutzung von Reservekrankenkraftwagen (Reserve-RTW/KTW) zwischen dem Kreis Mettmann, vertreten durch den Landrat und den kreisangehörigen Städten, jeweils vertreten durch den Bürgermeister, wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ö 11. 2000/0545 Neufassung der Kulturförderrichtlinien

Die Fraktion Die Grünen hält die Integration der in Monheim am Rhein lebenden Ausländer für besonders förderungswürdig und beantragt, Ziff. 4.1 der Richtlinien entsprechend zu erweitern. Aus der CDU-Fraktion kommt die Bemerkung, dass die in Ziff. 4.1 genannten Zwecke keine Ausschließlichkeit darstellen und Förderanträge für Kulturprojekte auch darüber hinaus möglich sind.

Beschluss

Die Kulturförderrichtlinien für die Stadt Monheim am Rhein werden in der vom Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport in seiner Sitzung am 18.05.2000 geänderten Fassung mit folgender Änderung beschlossen:

Ziff. 4 Projektzuschüsse wird wie folgt erweitert:

4.1 g) Integration von ausländischen Mitbürgerinnen und Mitbürgern

Die Richtlinien sind Bestandteil des Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 12. 2000/0522 Änderung der Hundesteuersatzung

Der Vertreter der MBM stimmt der Änderung der Satzung nicht zu. Er ist der Meinung, dass es für die Erhöhung der Steuer keinen Grund gibt, außer dass die allgemeinen Haushaltsmittel unterstützt werden. Er hält es nicht für gerechtfertigt, die Gruppe der Hundehalter besonders zur Kasse zu bitten.

Die Fraktion Die Grünen verweist auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss und ist der Meinung, dass die dort beschlossene moderate Erhöhung nicht die Vielzahl der Hundehalter trifft. Er verweist auf die Erhöhung von monatlich 1,00 DM für den ersten Hund. Die Anhebung der Steuersätze für mehrere Hunde habe den Zweck, regulierend auf die Zahl der Hunde zu wirken.

Die Vertreterin der F.D.P. heißt die Erhöhung insgesamt nicht für gut, stimmt der Vorlage jedoch zu, da ihrem Anliegen, für Hunde aus Tierheimen eine Steuerbefreiung auszusprechen, wenn auch nur für ein Jahr, Berücksichtigung gefunden hat.

Beschluss

Die Satzung zur 3. Änderung der Hundesteuersatzung der Stadt Monheim am Rhein vom 25.11.1996 wird in der vorgelegten Fassung beschlossen. Die Satzung ist Bestandteil dieses Beschlusses.

Abstimmungsergebnis:

dafür 34 Stimmen (BM, 17 CDU, 11 SPD, 2 Grüne, 2 Peto, 1 F.D.P.)

dagegen 1 Stimme (MBM)

Ö 13. 2000/0507 Installierung einer Beteiligungsform für Kinder und Jugendliche am kommunalen Geschehen

Die SPD-Fraktion beantragt, Ziffer 3 des Beschlussvorschlages um den Bereich „Sport“ zu ergänzen.

In der Diskussion zu diesem Tagesordnungspunkt gehen Sprecher der Fraktion der CDU und SPD auf die Beratungen im Jugendhilfeausschuss ein.

Die Fraktion Die Grünen begrüßt die vorgesehene Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am kommunalen Geschehen, hält die dauerhafte Einrichtung der Organisationsform Jugendparlament jedoch nicht für sinnvoll. Sie hält einen Kinder- und Jugendgipfel für die geeignetere Variante und wird sich deshalb der Stimme enthalten.

Die Fraktion MBM/F.D.P. hält ebenfalls die Organisationsform Jugendparlament nicht für das Optimum, erklärt jedoch ihre Zustimmung zur Vorlage.

Die Frage aus der Fraktion Die Grünen hinsichtlich der Aufnahme der Rechte und Pflichten des Jugendparlamentes in die Hauptsatzung wird aus dem Rat dahingehend beantwortet, dass dies langfristig vorgesehen ist, darüber jedoch nach Vorliegen von Erfahrungen und Ergebnissen beraten und entschieden werden soll.

Beschluss

1. Die Beteiligung von Kindern und Jugendlichen am kommunalen Geschehen in Monheim soll zukünftig durch die Einführung eines Jugendparlamentes und die Durchführung von Kindergipfeln gewährleistet werden.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, diese beiden Beteiligungsformen für junge Menschen in der zweiten Jahreshälfte 2000 unter Einbeziehung der Schulen zu installieren.
3. Mit der Einführung dieser Beteiligungsstrukturen sollen zukünftig Kinder und Jugendliche in allen Planungsbereichen der Verwaltung beteiligt werden, insbesondere in den Bereichen Kultur, Sport, Freizeit, Kinderspielplätze Schulwegesicherung und Schulhofgestaltung.

Abstimmungsergebnis:

dafür 34 Stimmen (BM, 17CDU, 12 SPD, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

Enthaltung 2 Stimmen (Grüne)

Ö 14. 2000/0508 Kinderfreundliche Stadt Monheim

Aus der CDU-Fraktion kommt die Anmerkung, dass am Ende der Erarbeitung des Konzeptes nicht allein die Einrichtung einer Stelle des Kinderbeauftragten stehen darf. Sie erwartet ein Konzept mit der Zielsetzung, Kinderfreundlichkeit in allen Bereichen der Verwaltung durchzusetzen.

Die Fraktion Die Grünen bittet darum, dass die Verwaltung in naher Zukunft im Fachausschuss darüber berichtet, wie sie den Beschluss umsetzen will und wer ihre Ansprechpartner für die Erstellung entsprechender Konzepte sein werden. Der Bürgermeister sagt dies zu.

Beschluss

1. Der Rat beschließt die Einführung des Leitbildes „Kinderfreundliche Stadt Monheim am Rhein“.

2. Die Verwaltung wird beauftragt, entsprechende Kriterien und Konzepte zur Umsetzung dieses Leitbildes für eine kinderfreundliche Stadt zu erarbeiten.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 15. 2000/0510 Einigungsstelle nach § 67 Landespersonalvertretungsgesetz NRW

Die SPD-Fraktion äußert ihr Erstaunen über diese Vorlage. Ihr ist bekannt geworden, dass der Personalrat die Person des Vorsitzenden nicht akzeptiert und es damit die vorgeschriebene Einigung nicht gibt. Sie empfiehlt der Verwaltung, diese Vorlage zurückzuziehen, andernfalls wird sie ihr nicht zustimmen.

Auch die Fraktion Die Grünen lehnt es ab, einen Beschluss zu fassen, der keinen Bestand hat. Sie schlägt vor, die Bestellung der Beisitzer heute vorzunehmen und der Verwaltung aufzugeben, mit dem Personalrat einen gemeinsamen Vorschlag für die Person des Vorsitzes der Einigungsstelle zu erarbeiten, über den der Rat dann in seiner nächsten Sitzung entscheidet.

Herr Bürgermeister Dünchheim erläutert den Verfahrensweg und betont, dass er dem Personalrat einen Vorschlag unterbreiten muss, woran sich das Einigungsverfahren anschließt.

Die SPD-Fraktion und die Fraktion Die Grünen halten es für unsinnig mit dem Beschluss eine Bestellung vorzunehmen, die nicht einigungsfähig ist. Sie stimmen der Benennung der Beisitzer für die Einigungsstelle zu, plädieren jedoch dafür, dass die Verwaltung mit dem Personalrat über den Vorsitz der Einigungsstelle Verhandlungen aufnimmt.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist nochmals auf die Bestimmungen des Personalvertretungsgesetzes und betont, dass er dem Personalrat einen Personalvorschlag machen muss.

Die SPD-Fraktion bittet, über den Beschlussvorschlag abstimmen zu lassen. Da von unterschiedlichen Abstimmungsergebnissen hinsichtlich der zu benennenden Beisitzer und des Vorsitzes der Einigungsstelle auszugehen ist, lässt der Bürgermeister getrennt über die beiden Teile des Beschlussvorschlages abstimmen.

Beschluss

1. Als Beisitzer für die Einigungsstelle werden genannt:
Herr Uwe Trost, Leiter Zentrale Dienste
Frau Marion Warden, Leiterin des Fachbereiches 1
Herr Hans Bosbach, Leiter Rechnungsprüfung
Frau Beate Hellingrath, Rechnungsprüfung
Herr Martin Frömmer, Bereichsleitung Verwaltungsservice
Frau Elisabeth Wynen-Bente, Leiterin Stadtkasse

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

2. Der Bestellung von Herrn Kreisrechtsdirektor Nils Hanheide, tätig bei der Kreisverwaltung Mettmann, zum Vorsitzenden der Einigungsstelle und von Frau Nicola Cohnen, Leiterin des Rechtsamtes der Stadt Heiligenhaus, zur stellvertretenden Vorsitzenden der Einigungsstelle wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

dafür 18 Stimmen (BM, 17 CDU)
dagegen 18 Stimmen (12 SPD, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)

Damit ist der Beschlussvorschlag abgelehnt.

Auf die Frage des Bürgermeisters werden keine anderen Personalvorschläge gemacht.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt der Vorschlag, dass der Bürgermeister Verhandlungen über den Vorsitz der Einigungsstelle mit dem Personalrat führt und dem Rat für die Ratssitzung am 28.09.2000 eine Beschlussvorlage vorlegt.

Diesem Vorschlag wird einstimmig zugestimmt.

Bürgerfragestunde

Beginn: 19.02 Uhr

Ein Bürger bezieht sich auf seine vielfachen Vorsprachen bei der Verwaltung wegen der von der Bürgerwiese in Süd ausgehenden Lärmbelästigungen und Parkprobleme für die Anwohner.

Der Bürgermeister weist darauf hin, dass die Verwaltung in dieser Angelegenheit tätig ist und aufgrund der auch vorliegenden schriftlichen Eingabe Möglichkeiten prüft, den Anwohnerinteressen gerecht zu werden. Einbezogen wird hier auch die Frage der Einrichtung einer Spielstraße auf der Köpenicker Straße.

Eine Bürgerin, im Februar aus München zugezogen, beklagt, dass sie hier in Monheim 18 DM mehr Hundesteuer als in München zahlt, der Hund aber um 95 % weniger Rechte als in München hat. Sie macht deutlich, dass ein Hund auch frei laufen muss und kritisiert insbesondere den jetzt auch am Rhein bestehenden Leinenzwang.

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist auf die heute auf der Tagesordnung stehende Bürgeranregung zur Ausweisung weiterer Freiflächen, die vom Leinenzwang ausgenommen sind.

Ende: 19.13 Uhr

Ö 16. 2000/0503 Vorschlagsliste zur Wahl der Schöffinnen und Schöffen für die Wahlperiode 2001 - 2004

Beschluss

Die auf der -der Beschlussvorlage beigefügten- Liste zu ersiehenden Personen werden für die Wahl als Schöffinnen/Schöffen für das Amtsgericht und Landgericht vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 17. 2000/0509 Genehmigung über- bzw. außerplanmäßiger Ausgaben

Beschluss

Zu Gunsten der Haushaltsstellen 1.9050.8320.02 Berufsschulumlage Kreis Mettmann bzw. 2.2400.9830.00 Umlage vermögensw. Beschaffungen der Berufsschule Kreis Mettmann wird einer überplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 78.151,00 DM bzw. einer außerplanmäßigen Ausgabe in Höhe von 68.012,00 DM zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 18. 2000/0535 Eckdaten für das Haushaltsjahr 2001

Aus der SPD-Fraktion kommt die Frage, ob die verwaltungsinterne Arbeitsgruppe zur Vorberatung des Haushalts auch bis auf weiteres nicht tagt und wie die Beteiligung der Bürger geplant ist. Bezogen auf einen Zeitungsartikel wird kritisch angefragt, warum die Aussage des Kämmers, im nächsten Jahr sei mit einem Fehlbetrag von 10 Mio. DM zu rechnen, nicht auch in der Vorlage enthalten ist.

Der Kämmerer gibt eingehende Erläuterungen zur Finanzsituation und betont, dass eine gesicherte Prognose z.Z. nicht abgegeben werden kann; der von ihm erwähnte Fehlbetrag von 10 Mio. DM sei eine grobe Schätzung. Er verweist darauf, dass die Arbeitsgruppe innerhalb der Verwaltung weiter tätig sein wird und die Broschüre zur Beteiligung der Bürger erst in Angriff genommen werden kann, wenn der Haushaltsentwurf vorliegt. Die Einbringung des Haushalts erfolge, wie vorgesehen, am 09. November 2000.

Der Rat nimmt die Mitteilung der Verwaltung über die Verschiebung des Eckdatenbeschlusses zur Kenntnis.

Ö 19. 2000/0526 Nachwahl von Ausschussmitgliedern

Beschluss

Der Rat nimmt folgende Nachwahlen in Ausschüssen vor:

ausgeschiedenes		neues	
Mitglied	stellv. Mitglied	Mitglied	stellv. Mitglied
Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport			
Eva Borkowski	Simone Bollenbeck	Florian Große-Allermann	Holger Radenbach
Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen			

Florian Große- Allermann	Juliane Voigt	Holger Radenbach	Florian Große- Allermann
-----------------------------	---------------	------------------	-----------------------------

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ö 20. 2000/0511 Wahl eines sachkundigen Einwohners in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport

Beschluss

1. Die Zusammensetzung des Ausschusses für Bildung, Kultur und Sport wird wie folgt neu festgesetzt:
15 Mitglieder + ein sachkundiger Einwohner
2. Herr Achim Cziborra wird als sachkundiger Einwohner (Mitglied mit beratender Stimme) in den Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport gewählt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 21. 2000/0536 Antrag der Fraktion Peto vom 26.05.2000
"Änderung der Geschäftsordnung des Rates"**

Der Antrag auf Festsetzung der Einladungsfrist auf 9 Tage (bisher 7 Tage) wird von allen Fraktionen unterstützt.

Die CDU-Fraktion verweist darauf, dass die Antragsfrist in § 3 der Geschäftsordnung ebenfalls entsprechend zu ändern ist.

Der Bürgermeister bittet darum, die geänderten Fristen erst nach der Sommerpause wirksam werden zu lassen.

Beschluss

Die Geschäftsordnung für den Rat und die Ausschüsse der Stadt Monheim am Rhein wird wie folgt geändert:

§ 2 Einladungsfrist

(1) Die Einladungsfrist beträgt 9 Tage, sie beginnt mit der Absendung der Einladung.

§ 3 Aufstellung der Tagesordnung

(1) Der Bürgermeister setzt die Tagesordnung fest. Er hat dabei Vorschläge aufzunehmen, die ihm in schriftlicher Form mindestens 12 Tage vor dem Sitzungstag von mindestens einem Fünftel der Ratsmitglieder oder einer Fraktion vorgelegt werden.

Die Änderung tritt am 14.08.2000 in Kraft.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 22. 2000/0540 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Interessengemeinschaft zur Verkehrssituation auf der Hofstraße
und dem Heerweg, H.P. Felder, Heerweg 23/H. Mallwitz, Hofstr.
5, vom 04.04.2000
"Verkehrssicherung auf der Hofstraße und dem Heerweg"**

Die Fraktion Die Grünen stimmt der Bürgeranregung in Ziff. A (LKW-Durchfahrtsverbot in der Hofstraße, ohne Einschränkung von Tonnage und Uhrzeiten, ausgenommen landwirtschaftlicher Verkehr) zu, da die Hofstraße nach ihrer Meinung für den LKW-Verkehr ungeeignet ist. Die Anregung in Ziff. B (Aufhebung des einseitigen Halteverbots auf der Marienparkseite) hält sie für nicht umsetzbar, da in diesem Falle der landwirtschaftliche Verkehr nicht mehr möglich ist. Zu Ziff. C (LKW-Durchfahrtsverbot auf dem Heerweg, zwischen Friedhofstraße und Berliner Ring, ohne Einschränkung von Tonnage zu Nachtzeiten, zu Tagzeiten bis 7,5 t; frei für landwirtschaftlichen Verkehr) ist sie der Meinung, dass weitergehende Maßnahmen als die z.Z. geltenden nur im Konsens mit der Raiffeisenbank möglich sind. Sie bittet den Bürgermeister um Bericht über den Stand der Angelegenheit.

Herr Bürgermeister Dünchheim betont, dass die Verwaltung die Auffassung vertritt, dass die Genehmigung aus dem Jahre 1966 sich nicht auf die beiden jetzt genutzten Tankstellen erstreckt. Dies bedeute jedoch nicht, dass es völlig unzulässig wäre, diese zu nutzen. Nach der Rechtsauffassung der Verwaltung könne die Raiffeisenbank eine Baugenehmigung beantragen. Das von der Verwaltung einzuleitende Baugenehmigungsverfahren schließe mit einem Baubescheid ab, der dann verknüpft werden könne mit gewissen Auflagen, nächtliche Nutzung etc. Die Vertreter der Raiffeisenbank hätten eine andere Rechtsauffassung. In einem Gespräch am 26.06.2000 soll versucht werden, eine vernünftige Lösung zu erreichen.

Aus der Fraktion MBM/F.D.P. werden, bezogen auf die Stellungnahme der Verwaltung zu der Bürgeranregung, folgende Fragen gestellt:

zu

1. „....., dass die von den Beschwerdeführern beschriebene Dramatik in dieser Form nicht gegeben war.“
Wenn nicht in dieser Dramatik, in welcher Form dann?
2. Ist die Darstellung der Beschwerdeführer den Tatsachen entsprechend, oder ist die Verwaltung anderer Meinung?
3. „....., da einerseits der Tatbestand der vermehrten Nutzung der Hofstraße durch LKW objektiv nicht besteht,!
Welche Verkehrszählungen werden dieser Aussage zu Grunde gelegt? Welche Zahlen sind 1995 festgestellt worden und wie waren die Zählergebnisse in diesem Jahr?
4. „..... und die ermittelten Daten keine unzumutbare Verkehrsbelastung erkennen lassen. (Heerweg)“
Welche Daten sind ermittelt worden und wo sieht die Verwaltung die Grenze der Zumutbarkeit?

Die Verwaltung kann diese Fragen nicht sofort beantworten und sagt eine schriftliche Beantwortung zu.

Die CDU-Fraktion schließt sich den Ausführungen der Fraktion Die Grünen an. Sie verweist auf die 1996 sehr intensiv geführte Diskussion und macht deutlich, dass die Abbindung der Frohnstraße zwangsläufig eine Veränderung der Verkehrsströme gebracht habe.

Die SPD-Fraktion hält auch nach erneuter Diskussion ihre 1996 getroffene Entscheidung für richtig und steht dazu, zumal sich nach der Stellungnahme der Verwaltung, die sie durch neuere Untersuchungen als richtig unterstellt, keine gravierenden Veränderungen ergeben haben. Sie macht deutlich, dass jede Maßnahme, die lediglich eine Verdrängung bzw. Verlagerung aber keine Reduzierung des Verkehrs bedeutet, genau auf ihre Auswirkungen hin betrachtet werden muss. Eine zusätzliche Belastung des Berliner Rings als Lösung hält sie für nicht verantwortbar. Aus diesen Gründen lehnt sie die Anregung ab.

Für unbedingt und dringend notwendig erachtet sie die Klärung hinsichtlich der Raiba-Tankstelle. Falls sich hier eine Änderung abzeichnet, hätte dies Auswirkungen, die viele Beschwerden erledigen würde.

Die Fraktion MBM/F.D.P. hält Ziff. C der Anregung heute nicht für entscheidungsfähig, da das Zahlenmaterial als Entscheidungsgrundlage nicht vorliegt. Sie beantragt daher, Ziff. C der Anregung an den Fachausschuss zu verweisen und dort unter Vorlage der erforderlichen Zahlen zu beraten.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt die Anregung, diesen Antrag dahingehend zu modifizieren, dass die Beratung im Zusammenhang mit dem Verkehrsentwicklungsplan erfolgt, um dann im Gesamtzusammenhang eine Entscheidung zu treffen.

Die **Abstimmung** über die Anregung hat folgendes **Ergebnis**:

Ziff. A (LKW-Durchfahrtsverbot in der Hofstraße, ohne Einschränkung von Tonnage und Uhrzeiten, ausgenommen landwirtschaftlicher Verkehr)

dafür	23 Stimmen (BM, 16 CDU, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
dagegen	12 Stimmen (SPD)

Ziff. B (Aufhebung des einseitigen Halteverbots auf der Marienparkseite)

dafür	0 Stimmen
dagegen	34 Stimmen (BM, 16 CDU, 11 SPD, 2 Grüne, 2 Peto, 2 MBM/F.D.P.)
Enthaltung	1 Stimme (SPD)

Ziff. C (LKW-Durchfahrtsverbot auf dem Heerweg, zwischen Friedhofstraße und Berliner Ring, ohne Einschränkung von Tonnage zu Nachtzeiten, zu Tagzeiten bis 7,5 t; frei für landwirtschaftlichen Verkehr)

Überweisung an den Fachausschuss und Beratung unter Vorlage der von der Verwaltung in der heute vorgelegten Stellungnahme zitierten Daten und Zahlen. Die Beratung soll im Rahmen der Beratungen des Verkehrsentwicklungsplanes erfolgen.

einstimmig

**Ö 23. 2000/0541 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Interessengemeinschaft Heerweg, Siegfried Wald, Heerweg 112,
vom 05.05.2000
"Verkehrsberuhigung für den Heerweg"**

Die CDU-Fraktion verweist auf ihr Ziel, flächendeckend Tempo 30 für alle Wohngebiete einzurichten und begrüßt die Bürgeranregung. Sie erweitert die Anregung der Bürger um den Antrag, für das gesamte Wohngebiet Zaunswinkel als geschlossene Wohnanlage Tempo 30 anzuordnen, und zwar von Berliner Ring bis Robert-Koch-Straße/Alfred-Nobel-Straße sowie von Bler Straße bis Heerweg einschließlich der östlich des Heerweges gelegenen neuen Wohngebiete.

Eine Abbindung des Heerweges, wie von den Bürgern vorgeschlagen, lehnt die CDU-Fraktion ab, da dies für die Bürger, die zur Robert-Koch-Straße wollen, zu große Umwege bedeuten würde.

Die SPD-Fraktion lehnt ebenfalls eine Abbindung des Heerweges ab und stimmt dem Vorschlag der CDU-Fraktion zu.

Beschluss:

1. Für den Bereich von Berliner Ring bis Robert-Koch-Straße/Alfred-Nobel-Straße sowie von Bler Straße bis Heerweg einschließlich der östlich des Heerweges gelegenen neuen Wohngebiete ist eine Tempo 30-Zone einzurichten.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

2. Die Anregung, den Heerweg im Bereich der Straße „Ackerweg“ abzubinden, wird abgelehnt.

Abstimmungsergebnis:
einstimmig

Ratsherr Pruin hatte zu diesem Tagesordnungspunkt Ausschließungsgründe angezeigt und im Zuhörerraum Platz genommen.

**Ö 24. 2000/0537 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Helmut K.-E. Jäckel, Brahmsstr. 11, vom 12.04.2000
"Änderung des Gebührenmaßstabes bei der Straßenreinigung"
2000/0560 Mitteilung
Straßenreinigungsgebühr**

Der Rat nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu der Anregung des Herrn Helmut K.-E. Jäckel vom 12.04.2000 zur Kenntnis.

Die CDU-Fraktion ist der Auffassung, dass sich an der Problematik der sog. Hinterlieger auch bei einer Umstellung des Abgabemaßstabes vom derzeit verwendeten Frontmetermaßstab auf

den Flächenmaßstab nichts ändern wird und damit das Ziel der Bürgeranregung nicht erreicht wird. Da eine solche Änderung zudem mit einem erheblichen Aufwand verbunden ist, da alle Grundstücksflächen ermittelt werden müssen, plädiert sie dafür, der Anregung zum jetzigen Zeitpunkt nicht zu folgen, obwohl sie grundsätzlich nicht gegen eine Umstellung ist.

Die SPD-Fraktion verweist auf die Diskussion am 15.12.1999 im Haupt- und Finanzausschuss und bekräftigt ihre Ansicht, dass der Flächenmaßstab ein größeres Maß an Gerechtigkeit erzielen wird; sie stimmt der Anregung zu. Unabhängig von der am 15.12.1999 getroffenen Entscheidung kündigt sie einen Antrag, spätestens bei den Haushaltsplanberatungen, auf Umstellung des Gebührenmaßstabes auf den Flächenmaßstab an.

Der Bürgermeister bekräftigt, dass er den Flächenmaßstab als Berechnungsgrundlage bevorzugt und stellt fest, dass auch die CDU-Fraktion grundsätzlich nicht abgeneigt ist. Er schlägt vor, zur nächsten Ratssitzung eine weitere Vorlage vorzulegen, in der insbesondere Aussagen über den für eine Umstellung erforderlichen Personalaufwand gemacht werden und die abschließende Debatte dort zu führen.

Die Frage aus der SPD-Fraktion, ob damit auch eine Vertagung der Bürgeranregung vorgeschlagen wird, bejaht der Bürgermeister.

Die Fraktion Die Grünen unterstreicht ihre schon seit längerer Zeit vertretene Auffassung, dass der Flächenmaßstab der geeignetere Gebührenmaßstab ist, weil er für die Bürger leichter nachvollziehbar ist. Die von der Verwaltung zu erbringenden Umstellungsarbeiten hält sie für leistbar. Einer Vertagung der Entscheidung stimmt sie nicht zu.

Auch die Fraktion MBM/F.D.P. lehnt eine Vertagung ab und hält den Flächenmaßstab für das geeignete Mittel, mehr Gerechtigkeit zu schaffen.

Die Fraktion Die Grünen beantragt Ende der Debatte und Abstimmung.

Der Bürgermeister lässt die noch vorliegenden Wortmeldungen zu.

Aus der SPD-Fraktion wird nochmals auf die Diskussion im Haupt- und Finanzausschuss am 15.12.1999 verwiesen, in der sie sich bereits der von der Verwaltung befürworteten Umstellung auf den Flächenmaßstab angeschlossen hatte. Auch sie ist der Meinung, heute über die Angelegenheit abzustimmen.

Der Kämmerer berichtet über das Beispiel der Stadt Erkrath, die im letzten Jahr die Umstellung vollzogen hat. Die Arbeiten haben 15 Monate in Anspruch genommen und Personalkosten von etwa 100.000 DM verursacht. Er macht deutlich, dass die erforderlichen Daten aus Grundbuch und Kataster manuell ermittelt werden müssen, diese Arbeit sehr aufwändig und nicht bis zum 01.01.2001 leistbar ist.

Aus der CDU-Fraktion wird bemerkt, dass eine grundsätzliche inhaltliche Übereinstimmung besteht. Sie beantragt eine Sitzungsunterbrechung.

Der Bürgermeister unterbricht die Sitzung von 20.15 bis 20.26 Uhr.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung zieht die Fraktion Die Grünen ihren Geschäftsordnungsantrag zurück und macht aufgrund der Äußerungen des Kämmerers den Vorschlag, über die Bürgeranregung befürwortend abzustimmen mit der Maßgabe, mit dem Jahr 2002 den Flächenmaßstab als Gebühregrundlage anzuwenden.

Die CDU-Fraktion erklärt, dass sie diesem modifizierten Antrag zustimmt, der ihre Bedenken berücksichtigt. Sie bittet darum, dass dem Rat Informationen über die Erfahrungen der Stadt Erkrath bei der Umstellung mitgeteilt werden.

Beschluss:

Der Rat beschließt die Umstellung des Abgabemaßstabes bei der Straßenreinigungsgebühr auf den Flächenmaßstab.

Die Verwaltung wird beauftragt, alle erforderlichen Schritte zu unternehmen, die zur Umsetzung dieses Beschlusses erforderlich sind, damit eine Umstellung zum 01.01.2002 möglich ist.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**Ö 25. 2000/0538 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Holzmarkt Goebel GmbH, Margot Wollert, Am Wald 1, vom
12.04.2000
"Verkehrssituation Straße Am Wald"**

Die CDU-Fraktion geht nochmals auf die Diskussion zur Schließung der Marderstraße ein und bekräftigt die Richtigkeit dieser Verkehrslenkungsmaßnahme. Sie hält die vorgebrachte Argumentation der Anregerin für nicht stichhaltig und verweist darauf, dass hier Vermutungen angestellt werden, da der Beschluss noch nicht umgesetzt ist. Hinsichtlich der Kreuzung Am Kieswerk/Opladener Straße verweist sie auf die demnächst durch die neue Gewerbeansiedlung am Monbagsee erforderlich werdende Neuregelung, bei der die Einrichtung eines Kreisverkehrs geprüft wird. Sie lehnt die Anregung ab.

Die SPD-Fraktion sieht ihre bei der Diskussion um die Schließung der Marderstraße geäußerten Bedenken mit dieser Anregung bestätigt. Deshalb hält sie es für vernünftig, den noch nicht umgesetzten Beschluss aufzuheben. Der Einrichtung eines Kreisverkehrs steht sie aufgeschlossen gegenüber.

Die Vertreterin der F.D.P. sieht die Schließung der Marderstraße kritisch. Sie hält es für ausreichend, die Marderstraße lediglich für den LKW-Verkehr zu sperren.

Der Bürgermeister macht deutlich, dass der Rat den gefassten Beschluss zur Schließung der Marderstraße aufgrund der bestehenden 6-Monats-Frist nicht aufheben kann. Er regt an, im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplans die Kreuzungsfrage Opladener Straße/Am Kieswerk mit zu klären, da ohnehin eine Neuregelung dieser Kreuzung erforderlich ist, wenn das Monbag-See-Nordufer zu erschließen ist. Er schlägt vor, diese Angelegenheit zu vertagen.

Die Vertreterin der F.D.P. und die SPD-Fraktion plädieren dafür, den Beschluss zur Schließung der Marderstraße nicht umzusetzen und damit der Bürgeranregung zu entsprechen.

Aus der Fraktion Die Grünen kommt der Vorschlag, die Anregung hinsichtlich der Kreuzung Opladener Straße/Am Kieswerk zu vertagen und im Rahmen des Verkehrsentwicklungsplanes im Fachausschuss zu behandeln.

Beschluss:

- zu Punkt 1. (Verzicht auf die Ausführung des Beschlusses zur Schließung der Marderstraße)

Abstimmungsergebnis:

dafür	13 Stimmen (12 SPD, 1 F.D.P.)
dagegen	19 Stimmen (BM, 16 CDU, 2 Grüne)
Enthaltung	2 Stimmen (Peto)

- zu Punkt 2. (Verbesserung der Verhältnisse an der Kreuzung Opladener Straße/Am Kieswerk)

Vertagung und Verweisung an den Ausschuss für Stadtplanung, Umwelt, Bau- und Verkehrswesen mit der Maßgabe, die Anregung im Rahmen der Beratungen zum Verkehrsentwicklungsplan mit zu behandeln.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Der Vertreter der MBM war während der Abstimmung nicht anwesend.

Ö 26. 2000/0539 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Herbert Seegers, Mozartstr. 35, vom 25.04.2000 "Trödelmarkt am 23./24.04.2000"

Die CDU-Fraktion greift die Intention dieser Beschwerde auf und bittet die Verwaltung, im Ausschuss für Bildung, Kultur und Sport eine Prioritätenliste für Veranstaltungen im Stadtgebiet an verkaufsoffenen Sonntagen vorzulegen.

Herr Bürgermeister Dünchheim macht deutlich, dass zwischen verkaufsoffenen Sonntagen und Trödelmärkten an Sonntagen zu trennen ist. Er sagt zu, ein Gesamtkonzept zu dieser Frage vorzulegen.

Die SPD-Fraktion ist der Meinung, dass es für Veranstalter von Trödelmärkten von Interesse sein muss, ein bestimmtes Niveau zu erreichen. Sie bittet die Verwaltung, auf die Veranstalter, z.B. im Rathaus-Center, entsprechend einzuwirken und deutlich zu machen, dass sie ihr eigenes Angebot und ihren Ruf schädigen, wenn sie minderwertige Artikel feilbieten lassen.

Herr Bürgermeister Dünchheim sagt zu, dass die Verwaltung entsprechend tätig wird.

Ö 27. 2000/0542 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW Petra Reinhold u.a., Amselweg 5, vom 09.05.2000 "Ausweisung von zusätzlichen Freiflächen in der"

Ordnungsbehördlichen Verordnung, die vom bestehenden Anleinzwang für Hunde ausgenommen sind"

Herr Bürgermeister Dünchheim verweist darauf, dass die Verwaltung nach dem Wegfall des Rheinbogens als Freifläche für Hunde bemüht ist, zusätzliche Flächen auszuweisen, wo Hunde unangeleint laufen dürfen.

Die Fraktion Die Grünen betont, dass in dieser Frage die unterschiedlichen Interessen berücksichtigt werden müssen. Sie stimmt der Anregung zu und bittet die Verwaltung zu prüfen, ob es nicht sinnvoller ist, in der Ordnungsbehördlichen Verordnung das Ausnahmeregelverhältnis umzukehren und die Flächen auszuweisen, auf denen es verboten ist, Hunde frei laufen zu lassen.

Auch die CDU-Fraktion stimmt der Anregung zu und verweist auf die Stellungnahme der Verwaltung, die bereits im Sinne der Anreger tätig ist. Sie macht deutlich, dass weitere Freiflächen nicht mit den Vorschriften des Naturschutzgesetzes kollidieren dürfen.

Die Fraktion MBM/F.D.P. widerspricht der Stellungnahme der Verwaltung, wonach die Stadt nicht verpflichtet ist, neben den bereits bestehenden Freiflächen eine weitere Fläche ohne Anleinzwang für Hunde bereitzustellen. Sie ist der Meinung, dass sich diese Pflicht aus § 2 Abs. 1,2 des Tierschutzgesetzes ergibt und betont, dass den zitierten Urteilen andere Sachverhalte zu Grunde lagen und deshalb nicht herangezogen werden können. Unter Hinweis darauf, dass der Regierungspräsident in Köln eine Verordnung, die einen flächendeckenden Leinenzwang beinhaltete, als Verstoß gegen geltendes Recht aufgehoben hat, plädiert sie für eine Verordnung, in der festgelegt wird, dass in Grünanlagen, auf Kinderspielplätzen, Erholungswiesen usw. Hunde verboten werden bzw. anzuleinen sind. Im Übrigen hält sie die allgemeine Halterpflicht, Hunde so zu sichern, dass sie keinen Schaden anrichten können, für ausreichend.

Die SPD-Fraktion erinnert an die Hintergründe, die zu der Festlegung des Einleinzwangs geführt haben. Sie stimmt einem Prüfauftrag an die Verwaltung, weitere Freiflächen für Hunde auszuweisen zu. Bei allem Verständnis für die Hunde bittet sie jedoch nachdrücklich darum, auch die Belange der Bürger, die keine Hunde haben, die Angst vor Hunden haben und sich belästigt fühlen, zu berücksichtigen und möglichst allen Interessen gerecht zu werden.

Herr Bürgermeister Dünchheim unterstützt den Vorschlag aus der Fraktion Die Grünen und schlägt vor, dass die Verwaltung prüft, ob es sinnvoll und rechtlich sicherer ist, in der Ordnungsbehördlichen Verordnung die Flächen auszuweisen, für die Anleinzwang besteht. Er verweist auf die Rechtslage und die Entscheidung des Regierungspräsidenten Köln.

Die CDU-Fraktion ist dafür, diese Prüfung vorzunehmen, sieht allerdings Probleme in der praktischen Durchführung, z.B. der Beschilderung.

Aus der SPD-Fraktion wird gebeten, die besonderen Probleme, die in den Wohngebieten, z.B. im Berliner Viertel und in den Einkaufszentren bestehen, zu berücksichtigen.

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, die Ausweisung zusätzlicher Freiflächen zu prüfen, wo Hunde unangeleint laufen dürfen und dem Rat hierzu eine Beschlussvorlage vorzulegen.

Herr Bürgermeister Dünchheim teilt mit, dass der Kommunale Ordnungsdienst weiterhin den bestehenden Anleinzwang kontrollieren und ggfl. mündliche Verwarnungen aussprechen wird.

**Monheimer Frauenforum, Marianne Melzer, Weberstr. 27, vom
19.05.2000
"Beleuchtung des Verbindungsweges zwischen Lichtenberger
Straße und Zaunswinkelstraße"**

Die CDU-Fraktion stimmt den Ausführungen in der Stellungnahme der Verwaltung zu spricht sich gegen die Anregung aus.

Die Vertreterin der F.D.P. verweist auf die Ausstellung des Frauenforums über Angsträume und stimmt der Anregung zu. Sie ist der Meinung, dass die Sicherheit in diesem Bereich diese Ausgabe wert sein muss.

Die Fraktion Die Grünen unterstreicht die wertvolle Arbeit des Frauenforums, schließt sich in dieser Angelegenheit jedoch der Auffassung der Verwaltung an. Sie beantragt, die Verwaltung zu beauftragen, mit dem Frauenforum als Ergebnis aus der Ausstellung Angsträume eine Prioritätenliste zu erstellen.

Die Gleichstellungsbeauftragte unterstützt die Anregung und betont, dass das Frauenforum bereits Kontakt mit der Verwaltung aufgenommen hat und bereits Gespräche stattgefunden haben. Die Anregung des Frauenforums zur Beleuchtung des Verbindungsweges sei vor dem Hintergrund der zukünftigen Planungen in diesem Gebiet gestellt worden.

Die Verwaltung berichtet, dass sie in Gesprächen mit dem Frauenforum dessen Wünsche entgegengenommen habe und z.Z. daran arbeitet. Sie plädiert dafür, hinsichtlich der heute vorliegenden Anregung die weitere Entwicklung der Rahmenplanung Süd abzuwarten.

Aus der CDU-Fraktion wird in diesem Zusammenhang die Umsetzung des Beschlusses angemahnt, auf dem Weg zwischen Lichtenberger Straße und Heerweg im Bereich des Jugendraumes eine einfache Beleuchtung anzubringen, die diesen Weg ausleuchtet.

Die SPD-Fraktion ist dafür, bereits bei Beginn der Bebauung in diesem Bereich die Beleuchtung vorzunehmen, anstatt später nachzubessern.

Die Anregung des Frauenforums wird bei 15 Stimmen dafür (12 SPD, 2 Peto, 1 F.D.P.) mit 21 Stimmen (BM, 17 CDU, 2 Grüne, MBM) abgelehnt.

Die Verwaltung wird einstimmig beauftragt, mit dem Frauenforum als Ergebnis aus der Ausstellung Angsträume eine Prioritätenliste zu erstellen, aus der auch die Kosten der Umsetzung der einzelnen Maßnahmen hervorgehen.

**Ö 29. 2000/0544 Anregungen und Beschwerden nach § 24 GO NRW
Arbeitsgemeinschaft der Naturschutzverbände in Monheim,
Ingrid Knebel, Humboldtstr. 17, vom 28.05.2000
"Änderung der verkehrlichen Nutzung auf einigen
Fahrradwegen"**

Die CDU-Fraktion beantragt, die Entscheidung über die Anregung zurückzustellen und im Rahmen der Beratungen zum Verkehrsentwicklungsplan, der auch Vorschläge zur Radverkehrsführung und zur Einrichtung von Radverkehrsanlagen machen wird, zu treffen.

Die SPD-Fraktion verweist auf die Vorschriften der Straßenverkehrsordnung und ist der Meinung, dass auf kombinierten Rad- und Fußwegen die Sicherheit der Schwächeren, also der Fußgänger, Vorrang haben muss. Aus diesem Grunde lehnt sie die Anregung ab.

Die Fraktion Die Grünen unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion.

Beschluss:

Die Entscheidung über die Anregung wird vertagt und im Rahmen der Beratungen zum Verkehrsentwicklungsplan getroffen.

Abstimmungsergebnis:

dafür 23 Stimmen (BM, 17 CDU, 2 Grüne, 2 Peto, F.D.P.)
dagegen 12 Stimmen (SPD)

Ratsherr von Wallis war während der Abstimmung nicht anwesend.

Ö 30. Mündliche Anfragen

Ö 30.1 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Jelinek (SPD) „Mängel am Sportplatz Kielsgraben“

Ratsherr Jelinek kritisiert, dass die von der Verwaltung zugesagte schriftliche Beantwortung seiner mündlichen Anfrage aus der letzten Ratssitzung bis heute nicht vorliegt.

Die Verwaltung sagt umgehende Erledigung zu.

Ö 30.2 Mündliche Anfrage des Ratsherrn Schmidt (SPD) „Erwerb des Wilhelmstal-Gebäudes zur Unterbringung von Flüchtlingen“

Ratsherr Schmidt bezieht sich auf einen Presseartikel und fragt an, ob eine ausführliche Information im Rat möglich ist.

Herr Bürgermeister Dünchheim betont, dass dieser Presseartikel sich auf Äußerungen eines Maklers bezieht. Er berichtet, dass die Verwaltung bisher lediglich Interesse gezeigt hat, dieses Gebäude zu erwerben, alles weitere sei völlig offen. Sie bestätigt, dass sie z.Z. intensiv prüft, wie sie bei weiteren Zuweisungen von Flüchtlingen ihrer Unterbringungspflicht nachkommen kann. Sie sagt zu, zu gegebener Zeit weiter zu berichten.

Ö 30.3 Mündliche Anfrage der Ratsfrau Voigt (Peto) „Ausstattungsprogramm Schulcomputer“

Ratsfrau Voigt fragt an, ob es richtig ist, dass der Förderzuschuss des Landes für Schulcomputer nicht an die Schulen zur Auszahlung kommt.

Die Verwaltung antwortet, dass die Pflegemaßnahmen im Einklang mit dem Landschaftsgesetz erfolgt sind.

Ratsherr von Wallis kritisiert nochmals den Rückschnitt der Bäume an der Niederstraße sowie die Rodung von Büschen und Hecken Ecke Fichtestraße, Humboldtstraße, Bürgerhaus und Baumberger Chaussee.

Herr Bürgermeister Dünchheim nimmt den Hinweis nochmals auf und sagt zu, mit dem Betriebshof hierzu intensive Gespräche zu führen.

Ö 31. Mündliche Mitteilungen

Ö 31.2 Mündliche Mitteilung der Gleichstellungsbeauftragten Stand Frauenförderplan Veranstaltung zum Thema Wechseljahre Beratungsbus für Berufsrückkehrerinnen

Die Gleichstellungsbeauftragte teilt mit, dass die Grundlagenarbeit für den Frauenförderplan weitestgehend abgeschlossen ist. Die Bestandsaufnahme ist erfolgt. Zurzeit wird die Analyse erstellt. Die Fachbereichsleitungen geben bis zum 30.06.2000 eine Prognose ab, wie sie das Gleichstellungsgesetz vorsieht. Danach wird sich die Arbeitsgruppe Personalentwicklung mit dem Frauenförderplan beschäftigen.

Im Rahmen der gesundheitlichen Aufklärung plant die Gleichstellungsbeauftragte Anfang Juli eine Veranstaltung für Frauen zum Thema Wechseljahre.

Am kommenden Mittwoch wird der Beratungsbus für Berufsrückkehrerinnen auf dem Rathausvorplatz zur Verfügung stehen. Als Kooperationspartner sind das Arbeitsamt, die Regionalstelle Frau und Beruf aus dem Kreis Mettmann und der Bereich Hilfe zur Arbeit vertreten.